

Städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz			Sitzungsprotokoll S-20 Christian Dreyer
19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft			2015 - 2019
Sitzungstag: 02.05.2017	Sitzungsbeginn: 15.30 Uhr	Sitzungsende: 16.30 Uhr	Sitzungsort: Siemenshochhaus, Contrescarpe 72, Raum 107
Teilnehmer / innen: siehe anl. Anwesenheitsliste			
Vorsitz: Herr Dr. Dr. Buhlert			

Herr Dr. Dr. Magnus Buhlert (FDP) eröffnet die städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz.

Die Deputation berät über die vorgeschlagene Tagesordnung:

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung	
TOP 2	Protokoll der Sitzung vom 15.03.2017	Tischvorlage
TOP 3	Einsetzung eines Deputationsausschusses (Ferienausschuss)	S-42-19 L-79-19
TOP 4	Antrag des Beirats Osterholz zur Gewährung eines Stadtteilbudgets für das Café Abseits	S-46-19
TOP 5	Investitionsmaßnahmen am KBO nach dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz	S-41-19 L-78-19
TOP 6	Thematisierung der Medizinstrategie 2020plus im Aufsichtsrat der Gesundheit Nord	S-43-19
TOP 7	Berichtsbitte B 90/Die Grünen Medizinische Sektionen in der Gesundheit Nord – nicht öffentlich -	S-44-19
TOP 8	Verschiedenes	

TOP 1	Genehmigung der Tagesordnung
<u>Beschluss (einstimmig):</u>	
Die städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz beschließt die vorgeschlagene Tagesordnung.	

TOP 2	Protokoll der Sitzung vom 15.03.2017
Herr Schober (DIE LINKE) beantragt, die Beratung über die Genehmigung des Protokolls auf die nächste Sitzung zu vertagen.	
<u>Beschluss (einstimmig):</u>	
Die städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz beschließt, die Beratung über die Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 15.03.2017 auf die nächste Sitzung zu vertagen.	

TOP 3	Einsetzung eines Deputationsausschusses (Ferienausschuss) (Vorlage S-42-19 + L-79-19)
<p><u>Beschluss (einstimmig):</u> Die staatliche bzw. die städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz setzt für die Zeit vom 22.06.2017 bis 02.08.2017 einen Deputationsausschuss ein. Ihm gehören neben der Vertreterin/dem Vertreter des Senats die Damen/Herren (je ein Mitglied der Fraktionen) an.</p>	

TOP 4	Antrag des Beirats Osterholz zur Gewährung eines Stadtteilbudgets für das Café Abseits (Vorlage S-46-19)
<p>Herr Schober (DIE LINKE) führt aus, dass die Beiräte für ihre Arbeit Stadtteilbudgets zur Verfügung gestellt bekommen sollten und befürwortet den Antrag des Beirats Osterholz. Herr Schober bittet um eine ziffernweise Abstimmung.</p> <p>Herr Bensch (CDU) teilt mit, dass die CDU-Fraktion der Vorlage zustimmen wird. Es sei gut, dass der Träger gebeten wurde, ein neues Konzept vorzulegen.</p> <p>Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, dass der Vorlage zugestimmt wird. Generell würden Stadtteilbudgets befürwortet. Da es hier aber um die gezielte Finanzierung des Café Abseits gehe, sei der Beschlussvorschlag folgerichtig.</p> <p>Herr Dr. Dr. Buhlert (FDP) erläutert, dass Stadtteilbudgets ihre Bedeutung für gewisse Bereiche haben – aber nicht für eine einzelne definierte Maßnahme. Da es hier ausschließlich um das Café Abseits gehe, sei eine Zuwendung der gangbare Weg. Der Vorlage werde daher zugestimmt.</p> <p>Frau Dehne (SPD) führt aus, dass das Projekt Café Abseits gestärkt werden soll. Dies könne durch eine Zuwendung erfolgen. Würde man den Weg über das Stadtteilbudget gehen, so würde man die Steuerungsinstrumente aus der Hand geben. Der Vorlage werde daher zugestimmt. Ein zusätzliches Budget im Gesundheitsbereich sei zwar wünschenswert, stehe dann aber allen Beiräten zur Verfügung.</p> <p>Herr Saxe (Bündnis 90/Die Grünen) weist darauf hin, dass an der Novellierung des Beirätegesetzes gearbeitet wird. Stadtteilbudgets seien an Entscheidungsrechte der Beiräte geknüpft. Eine vorab festgelegte Zweckbindung von Mitteln durch ein Fachressort sei daher im Rahmen eines Stadtteilbudgets nicht möglich.</p> <p>Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt führt aus, dass es bisher im Gesundheitsressort kein Stadtteilbudget gegeben hat. Stadtteilbudgets seien finanzielle Mittel, die allen Beiräten zur Verfügung stehen. Eine definierte Zweckbindung für einen Beirat im Rahmen eines Stadtteilbudgets sei haushaltsrechtlich nicht möglich. Im Interesse der Einrichtung Café Abseits ist nach Ansicht von Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt daher der allein gangbare Weg der über die Zuwendung.</p> <p>Herr Dr. Dr. Buhlert (FDP) schlägt vor, den Beschlussvorschlag zu 1 wie folgt zu ändern: Die städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stellt fest, dass dem Antrag des Beirates Osterholz auf Gewährung eines Stadtteilbudgets Osterholz nicht stattgegeben werden kann.</p> <p>Herr Schlüter (Ortsamtsleiter Osterholz) erklärt, dass der Beirat Osterholz einen Ausschuss für Gesundheit hat, den nicht jeder Beirat hat. Es werde auch ein Tag der Männergesundheit gemacht. Die Aktivitäten des Stadtteils im Gesundheitsbereich seien vielfältig. Nach Ansicht von Herrn Schlüter ist es schade, dass dem Stadtteil keine finanzielle Unterstützung für Gesundheitsprojekte gewährt werden kann – auch wenn die finanzielle Unterstützung für das Projekt Café Abseits selbst-</p>	

verständlich begrüßt wird.

Beschluss (zu 1. mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE, zu 2. einstimmig):

1. Die städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stellt fest, dass dem Antrag des Beirates Osterholz auf Gewährung eines Stadtteilbudgets Osterholz nicht stattgegeben werden kann.
2. Die städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz befürwortet, dass im Doppelhaushalt 2018/2019 weiterhin jeweils 11.000 € p.a. als Zuwendung für das Café Abseits berücksichtigt werden.

TOP 5	Investitionsmaßnahmen am KBO nach dem Kommunalinvestitionsförderungsge- setz (Vorlage S-41-19 + L-78-19)
<u>Beschluss (einstimmig):</u>	
Die staatliche und städtische Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz stimmt der Mittelverwendung des Kommunalinvestitionsförderfonds in Höhe von insgesamt 4 Mio. € für die oben genannten Projekte des Klinikums Bremen-Ost zu.	

TOP 6	Thematisierung der Medizinstrategie 2020plus im Aufsichtsrat der Gesundheit Nord (Vorlage S-43-19)
<p>Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen) führt aus, dass die Deputation klare Beschlüsse hierzu gefasst hat. Die Punkte die von der Deputation angemahnt worden seien, sollten im Protokoll nochmals deutlich gemacht werden. Frau Dr. Kappert-Gonther mahnt an, dass seitens der GeNo nachvollziehbar sicherstellt werden muss, dass die von der Deputation formulierten Kritikpunkte auch in die Strategie eingearbeitet werden.</p> <p>Herr Bensch (CDU) schließt sich den Ausführungen von Frau Dr. Kappert-Gonther an. Wann könne mit dem Fortschrittsbericht gerechnet werden? Der Deputation sollten Zahlen vorgelegt werden. Nach Ansicht von Herrn Bensch muss es konkrete Rückmeldungen auf die politischen Forderungen geben, insbesondere in Bezug auf die Psychiatriereform.</p> <p>Herr Dr. Dr. Buhlert (FDP) weist darauf hin, dass er den in der Vorlage zitierten Aufsichtsratsbeschluss dahingehend versteht, dass sich der Aufsichtsrat die in dem Sitzungsprotokoll der Deputation vom 15.03.2017 angemahnten Punkte der Deputation zur Medizinstrategie zu eigen machen und umsetzen wird.</p> <p>Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt erläutert, dass die Punkte die in der Deputation angemahnt und diskutiert wurden, in die Aufsichtsratsvorlage übernommen wurden. Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt zitiert aus der Vorlage für die 1. Sitzung des Aufsichtsrates der Gesundheit Nord gGmbH am 31.03.2017 zu TOP 5 wie folgt:</p> <p><i>„Das Fachressort begrüßt die vorgelegte Strategie und nennt in der Deputationsvorlage folgende Aspekte, die einer weiteren Konkretisierung bedürfen:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> • <i>Die Zeitplanung des Umzugs der Tagesklinik Mitte in die Stadtregion muss konkretisiert werden. Es bedarf der Vorlage eines Gesamtkonzepts für die tagesklinischen</i> 	

Angebote. Dazu gehört auch eine Zeitplanung für den Umzug der Tagesklinik Mitte und eine Entscheidung bzgl. der Tagesklinik/Behandlungszentrum West

- *Die Transformation von 35 stationären Behandlungsplätzen in stationsäquivalente Leistungen/Home Treatment sollte als Beginn einer Entwicklung verstanden werden. Ein weiterer Aufbau von Home Treatment muss anvisiert werden, da mit 35 Plätzen (dies entspricht 7 Plätzen pro Region) dauerhaft eine tragfähige Behandlung im Lebensumfeld nur schwerlich aufgebaut werden kann.*
- *Das Verhältnis von Spezialangeboten zu regionalisierten Angeboten muss geklärt werden. Die geplante Verbesserung der therapeutischen Beziehungskontinuität lässt sich nur bei einer engen Verzahnung der regionalen und stationären Angebote erreichen.*
- *Die Beteiligung an Gemeindepsychiatrischen Verbänden, als eine der Grundsäulen der Psychiatriereform, muss mittelfristig in allen 5 Stadtregionen sichergestellt werden.*

Von der Begleitgruppe zur Umsetzung der Psychiatriereform wurden weitere Punkte genannt, die in der Medizinstrategie 2020plus berücksichtigt werden sollten:

- *Reduzierung von Fixierungen und Medikamentenvergabe als Behandlungsziel*
- *möglichst umgehende Umsetzung von Modellen, die vergleichbar mit dem SÜB-Projekt sind, in allen Regionen unter Berücksichtigung der regionalen Strukturen*
- *Teilung der Leitung in einen ambulanten und zwei stationäre Bereiche,*
- *die Bildung von Behandlungszentren nach dem Vorbild Bremen Nord in allen 5 Regionen*
- *die Etablierung von Genesungsbegleiterinnen und -begleitern als fester Bestandteil der psychiatrischen Versorgung in allen Sektoren.*

Die Hinweise aus der Sitzung der Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz vom 15.03.2017 und aus der Sondersitzung der Begleitgruppe zur Umsetzung der Psychiatriereform vom 03.03.2017 werden in der weiteren Umsetzung sowie für die Weiterentwicklung des Konzepts berücksichtigt.“

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt führt aus, dass es einen Fortschrittsbericht geben soll der halbjährlich vorgelegt werden soll. Die 3. Aufsichtsratssitzung werde wohl Ende August 2017 stattfinden.

Frau Dr. Kappert-Gonther (Bündnis 90/Die Grünen) teilt mit, dass es aus ihrer Sicht ausreichend ist, wenn die Ausführungen der Senatorin so zu Protokoll genommen werden.

Herr Reinken (SPD) weist darauf hin, dass die Umsetzung einer Geschäftsstrategie, wie auch in diesem Falle die Medizinstrategie 2020plus, immer Aufgabe einer Geschäftsführung ist. Von daher sei es nicht selbstverständlich, dass sich ein Aufsichtsrat mit solch detaillierten Fragen/Einzelfragen einer Geschäftsstrategie, wie jetzt im Falle der Medizinstrategie 2020plus, auseinandersetze. Dem Aufsichtsrat seien nach dem AktG bzw. GmbHG in erster Linie andere Aufgaben auferlegt. Zudem dürfe nicht alles öffentlich zerredet werden.

Frau Senatorin Prof. Dr. Quante-Brandt erläutert, dass der Themenkomplex in der Deputation bisher sehr verantwortlich diskutiert wurde. Es gebe einen Versorgungsauftrag, dem entsprochen werden müsse. Es sei richtig, dass nicht alle Punkte in die Öffentlichkeit getragen würden. Dies schließe nicht aus, dass der Aufsichtsrat konkrete Dinge einfordere.

Herr Bensch (CDU) erinnert daran, dass es im August 2016 einen Zwischenstand zur Psychiatriereform gab. Grundsätzlich habe das Land Bremen eine gute bis sehr gute psychiatrische Versor-

gung. Das KBO bleibe aber nach wie vor eine „Baustelle“. Die CDU sehe in der Besetzung mit Prof. Dr. Reimer eine Chance, dass sich etwas bewegt.

Beschluss:

Die Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt zur Kenntnis, dass die Berücksichtigung der Hinweise der Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz und der Begleitgruppe zur Umsetzung der Psychiatriereform in der weiteren Umsetzung sowie für die Weiterentwicklung des Konzepts vom Aufsichtsrat der Gesundheit Nord Klinikverbund Bremen gGmbH in der Sitzung vom 31.03.2017 beschlossen wurde.

TOP 7	Berichtsbitte B 90/Die Grünen Medizinische Sektionen in der Gesundheit Nord – nicht öffentlich – (Vorlage S-44-19)
--------------	---

– nicht öffentlich –

Beschluss:

Die Deputation für Gesundheit und Verbraucherschutz nimmt den anliegenden Bericht des Fachressorts vom 07.04.2017 zur Kenntnis.

TOP 8	Verschiedenes
--------------	----------------------

- **Herr Bensch (CDU)** berichtet Positives über die Patientenaufnahme bei der stationären Notfallaufnahme in Bremen Nord.
- **Herr Schober (DIE LINKE)** nimmt Bezug auf die Organisation der städtischen Deputation und bittet darum, dass der Versand der Einladungen zu einem früheren Zeitpunkt erfolgen sollte. Ihm habe vor einer Woche noch keine Einladung vorgelegen. Der Versand der Vorlagen könne ja auch im Nachversand erfolgen.

Vorsitzender

Protokollführer